

Wahlprüfsteine Landtagswahl NRW 2022 (DGUF - Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V.)

Antworten der AfD

(1) Archäologische Maßnahmen in den Braunkohletagebauen werden nicht nach Verursacherprinzip behandelt. Die DGUF drängt darauf, dass auch im Revier das Verursacherprinzip angewendet wird. Was wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode diesbezüglich tun?

Die Anwendung des Verursacherprinzips halten wir für einen sinnvollen Ansatz. Ihrer vorgeschlagenen Lösung stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Die AfD wird Ihre Forderung prüfen und als Diskussionsgegenstand in den Landtag einbringen.

(2) NRW-Denkmalfachämter verlangen Nutzungsrechte an Grabungsdokumentationen, die im Auftrag Dritter von Fachfirmen ausgeführt werden. Wie denkt Ihre Partei: Soll diese Rechteübertragung exklusiv erfolgen (alle Rechte beim Denkmalfachamt), oder nicht-exklusiv (Amt & Urheber haben Nutzungsrechte)?

Die Rechteübertragung sollte nicht-exklusiv erfolgen, sodass sowohl die NRW-Denkmalfachämter, als auch die Urheber die Nutzungsrechte haben sollten.

(3) Die Landesregierung hat eine Novelle des DSchG NRW eingebracht. Sie will die Organisation des Denkmalschutzes gravierend verändern und dabei den Fachämtern für Baudenkmalpflege erheblich Einfluss nehmen. Wird Ihre Partei diese Pläne weiterführen oder die bisherigen Strukturen beibehalten?

Die AfD steht – genau wie die vielen Verbände des Denkmalschutzes – dem neuen Denkmalschutzgesetz in seiner vorliegenden Form sehr kritisch gegenüber. Sowohl in den Ausschüssen als auch in der Plenarsitzung hat die AfD gegen den Gesetzentwurf gestimmt.

(4) Die vorliegende Novelle DSchG NRW gesteht Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Sonderrolle zu und räumt ihnen weit mehr Rechte als anderen Denkmaleigentümern ein. Wie denkt Ihre Partei darüber?

Die AfD sieht die Sonderrolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften sehr kritisch. Durch diese Vorzugsbehandlung wird eine Zweiklassengesellschaft im Denkmalschutz manifestiert, welche wir ablehnen.

(5) Nachdem der seit 1980 gesetzl. vorgesehene Landesdenkmalrat nie eingerichtet wurde, soll mit der akt. Novelle DSchG NRW ein überbordend großer Denkmalrat eingesetzt werden, mit gesetzlich fest definierter und inhaltlich fragwürdiger Zusammensetzung. Was plant Ihre Partei zum Thema Landesdenkmalrat?

Aus Sicht der AfD ist die Einrichtung eines Denkmalrates ein denkbarer Vorschlag, die Ausgestaltung macht aber einen dringenden Überarbeitungsbedarf erforderlich. Eine Überarbeitung sollte die Bürokratie des Denkmalschutzes verringern und es nicht zusätzlich verkomplizieren!

(6) Die DGUF fordert - nach den guten Erfahrungen im Natur- und Umweltschutz - die Einführung des Verbandsklagerechts im Denkmalschutz. Damit wäre mehr bürgerliche Mitwirkung möglich, ggf. könnten NGOs aber auch gegen Vollzugsdefizite von Behörden vorgehen. Wie denkt Ihre Partei darüber?

Die Einführung des Verbandsklagerechts im Denkmalschutz kann ein zweiseitiges Schwert sein. Wir sehen das Verbandsklagerecht im Natur- und Umweltschutz am Beispiel des Vereins „Deutsche Umwelthilfe“ kritisch, erkennen aber an, dass es im Denkmalschutz ein prüfenswerter Vorschlag sein könnte.

(7) Gemäß üblicher Beauftragungen enden die Verursacherpflichten in NRW mit Ende einer Ausgrabung: Funde und Dokumentation werden archiviert, fertig. Laut Malta-Konvention gehört auch eine Basis-Publikation mit zu den Verursacherpflichten. Was plant Ihre Partei,

um dieses Vollzugsdefizit zu beenden?

Die AfD bedauert, dass die Umsetzung der Malta-Konvention nicht bei der Novelle des Denkmalschutzgesetzes beachtet worden ist. Es ist ein Punkt, der bei einer zukünftigen Überarbeitung des Denkmalschutzgesetzes aufgegriffen werden sollte.

(8) Die beiden Landschaftsverbände dominieren Kultur u. Museen. Museen in anderer Trägerschaft (z.B. Stiftungen) erhalten weniger Mittel - eine Wettbewerbsverzerrung, die durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde. Würde ihre Partei diesem Verlust an kultureller Vielfalt entgegenwirken, und wenn ja: wie?

Die AfD sieht das gegenwärtige Vergabesystem von Fördermitteln ebenfalls kritisch und wird sich in der nächsten Legislaturperiode für eine Prüfung und Überarbeitung einsetzen.